

Arbeiter*innen und Unterdrückte aller Länder, vereinigt euch!



Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei / Türkei & Kurdistan



INTERNATIONALES BULLETIN

Mai 2025 Nr. 261

www.mlkp-info.org | mail@mlkp-info.org



Es gibt keinen anderen Weg als die Revolution für die Befreiung der Arbeiter:innenklasse und der Unterdrückten, für die Freiheit der Frauen und die Gleichheit der Völker!

Der Sozialismus und die Union der Sowjetrepubliken sind der Boden der Lösung!

Seit dem 15. August 1984 führt die PKK einen großen Kampf gegen den leugnenden Kolonialismus und den Faschismus, in deren Mittelpunkt der Guerillakrieg stand. Sie hat auf einer

Linie höchster Aufopferung bedeutende Fortschritte auf dem Weg zum Recht des kurdischen Volkes auf nationale Freiheit und Einheit gemacht, was sich in 40.000 gefallenen Genos-

sinnen manifestiert. Sie war eine der führenden Kräfte des Widerstands gegen die liquidatorische Zersetzung, die 1990-1991 weltweit ausbrach, und hat die Rojava-Revolution im Jahr 2012 angeführt.

Die PKK hat ihren 12. Kongress einberufen und beschlossen, sich aufzulösen und den bewaffneten Kampf zu beenden. Der Kongress verkündete, dass die Kräfte der PKK den politischen Kampf mit unbewaffneten und legalen Organisationen sowie Kampfformen fortsetzen werden, dass sie volles Vertrauen in die neue Strategie und Linie haben und dass die Führung der Bewegung den Prozess von nun an leiten wird.

Unsere Partei, die es als ihre revolutionäre Verantwortung ansieht, ihre Gedanken über die beiden entscheidenden strategischen Beschlüsse des Kongresses sowie einige der angenommenen Thesen mit den Völkern Kurdistans und der Türkei, den arabischen, persischen und aserbaidschanischen Völkern, insbesondere den Revolutionär:innenen der Region, den kommunistischen, revolutionären und antifaschistischen Parteien und Organisationen in der ganzen Welt zu teilen, ist in ihrer Bewertung der Beschlüsse des 12. Kongresses zu folgenden Schlussfolgerungen gekommen:

1. Die Beendigung des bewaffneten Kampfes und der freien Organisation sowie die formelle Übergabe der

Waffen an diese oder jene Gesprächspartner durch ein unverschriftlichtes Abkommen, das keine grundlegenden nationalen demokratischen Rechte wie Bildung in der Muttersprache, nationale Autonomie und keine grundlegenden Rechte wie die bedingungslose Freilassung der Kriegsgefangenen sowie die bedingungslose Rückkehr aller Guerillakräfte und politischen Exilant:innen nach Nordkurdistan beinhaltet, ist die Akzeptanz eines Friedens, der weder gerecht noch demokratisch ist.

2. Abgesehen davon, dass einige der vom faschistischen Chefregime erwarteten Gesetzesänderungen darauf abzielen, die kollektiven nationalen demokratischen Rechte unter Verschluss zu halten, geht es nicht um die Aufklärung der faschistischen kolonialen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Rechenschaftspflicht der Verbrecher. Im Gegenteil soll die Guerilla als einzelne Individuen und Einzelpersonen, die Verbrechen begangen haben, durch die koloniale Justiz gebracht werden. Damit wird der Politik des faschistischen kolonialistischen Feindes, der die Stimmung und die Praxis der Kapitulation organisiert, Raum gegeben.

3. Die neue strategische Linie, die auf den Thesen und dem Glauben beruht, dass der bewaffnete Kampf und illegale Mittel sowie Methoden der Partei ihre Gültigkeit verloren haben und

das koloniale Joch nicht auf revolutionäre Weise gestürzt werden kann, dass ein Kampf außerhalb der vom verleugnenden Kolonialismus gezogenen Grenzen nicht geführt werden kann, ist liquidatorisch und reformistisch.

4. Dieselbe These, die sich auf den Anspruch stützt, den Kolonialismus umzuwandeln und die Burg von innen zu erobern, bedingt die Verurteilung zum Reformismus, weil sie am ökonomischen Kern des Problems vorbeigeht und den Kolonialismus auf die Politik der herrschenden nationalen Bourgeoisie oder Regierungen reduziert.

5. Thesen wie „realsozialistischer Einfluss“, „die Verleugnung ist seit der Özal-Zeit gelöst“, „organisatorisch-ideologische Bedeutungslosigkeit und Wiederholung“ sind Ausdruck der Theoretisierung der reformistischen neuen Strategie und Linie.

6. Die These vom „demokratischen Sozialismus gegen den nationalstaatlichen Sozialismus“ zielt darauf ab, der reformistischen Linie ideologische Munition zu liefern, die auf der Idee basiert, dass die Revolution unnötig sei. Sie löst den Sozialismus von der Realität der Klassen und hat einen reformistischen Charakter, der auf der Leugnung und Ablehnung der Union der Sowjetrepubliken basiert, die das Werk der Oktoberrevolution ist und auf der vollständigen Gleichberechtigung der Nationen aufbaut.

7. Unsere Partei, die keinen Zweifel an der subjektiven Aufrichtigkeit der Erklärungen des 12. Kongresses der PKK hegt, wonach die nationalen demokratischen Kräfte, die auf legaler, friedlicher Grundlage organisiert werden sollen, für einen entschlossenen politischen Kampf mobilisiert werden, vertritt die Position, dass sich eine Volksdynamik auf legaler, praktisch-legitimer Grundlage entwickeln wird. Sie hält den Standpunkt des Bündnisses mit der neuen Struktur auf der Grundlage der nationalen demokratischen und allgemeinen demokratischen Rechte und Freiheiten aufrecht und wird in diesem Sinne handeln.

8. Es ist die aktuelle Aufgabe der revolutionären und antichauvinistischen antifaschistischen Parteien und Gruppen in der Türkei und Nordkurdistan, den Kampf zu vergrößern, um mit der Forderung nach einem gerechten und demokratischen türkisch-kurdischen nationalen Frieden den kolonialistischen Friedenskurs zu stoppen und zu verhindern, dass das faschistische Chefregime die Situation als Gelegenheit nutzt, um sich zu stärken. In diesem Zusammenhang laden wir die revolutionären und antichauvinistischen antifaschistischen Parteien und Gruppen sowie die Arbeiter:innen, Frauen, Jugendlichen, Armen, Werktätigen, LGBTI+, Künstler:innen und Intellektuellen des kurdischen und türkischen

Volkes, der arabischen, tscherkessischen, armenischen, griechischen, bosniakischen, pomakischen, assyrischen, chaldäischen, albanischen, romanischen, lasischen, georgischen und aserbaidschanischen nationalen Gemeinschaften, der alevitischen und jesidischen Glaubensgemeinschaften dazu ein, für die offizielle Anerkennung der Existenz der kurdischen Nation und das Recht auf Bildung in der Muttersprache, die Freilassung von Abdullah Öcalan und allen Kriegsgefangenen sowie revolutionären und antifaschistischen politischen Gefangenen zu kämpfen. Ebenso gilt es, die Erklärung eines bedingungslosen Waffenstillstands zu fordern, das faschistische Anti-Terror-Gesetz aufzuheben, die faschistischen kolonialistischen Kriegsorganisationen wie die Jitem, die Spezialeinheiten und die Dorfschützer aufzulösen, die Grabstätten von Revolutionär:innen, Patriot:innen und Demokrat:innen, die von den faschistischen Staatskräften verschwunden gelassen wurden, offenzulegen und ein sofortiges Ende der Besetzungen von Rojava und Bashûr zu erreichen.

9. Es gibt keinen anderen Weg für die Befreiung der Arbeiter:innenklasse und der Unterdrückten, für die Freiheit der Frauen, für die Gleichheit der Völker als die Revolution! Solange das Monopol der Waffen und der Gewalt in den Händen der Staaten

im Dienste der imperialistischen und kollaborierenden Bourgeoisie, des Kolonialismus und des patriarchalen Systems liegt, solange die Arbeiter:innen, die Frauen, die Unterdrückten und die Armen unbewaffnet gehalten werden und dazu verurteilt sind, mit ihren bloßen Fäusten gegen Gewehrläufe, Panzer und Kanonen zu kämpfen, ist eine Revolution unmöglich. Das Ziel der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Gleichheit der Frauen und der Völker kann nicht durch legale, friedliche Mittel und Formen, durch parlamentarischen Kampf erreicht werden. Eine sozialistische Gesellschaft kann niemals so errichtet werden. Das ist das klare und endgültige Wort der letzten einhundertfünfzig Jahre des Kampfes zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, zwischen den Unterdrückern und den Unterdrückten, zwischen den Armen und den Reichen. Auf der Grundlage dieser Tatsache rufen wir die Arbeiter:innenklasse, die Werkätigen, die Frauen, die Jugend, die armen und Unterdrückten Kurdistans und der Türkei dazu auf, den Kampf, der mit allen Mitteln und Formen geführt wird, legal und illegal, friedlich und auf Massengewalt gestützt, bewaffnet und unbewaffnet, zu unterstützen, sich in dieser Richtung zu vereinen, zu organisieren und zu kämpfen.

18. Mai 2025

Zentralkomitee der MLKP

Die gewidmeten Vorkämpfer des antikolonialen, antifaschistischen Befreiungskampfes sind unsterblich!

Der 12. Kongress der PKK gab bekannt, dass Hewal Ali Haydar Kaytan und Hewal Rıza Altun, zwei der wichtigsten Führungskader der nationalen demokratischen Bewegung, im Kampf gegen den faschistischen, verleugnenden Kolonialismus in den vergangenen Jahren gefallen sind. In Verbundenheit mit ihren antikolonialistischen und antifaschistischen Idealen grüßen wir die beiden Vorkämpfer der nationalen Befreiung, die zu den unbeugsamen Wegbereitern des Marsches gehören, der von der Phase ideologischer Gruppen in Ankara bis zur PKK, dem Durchbruch vom 15. August 1984 und der Bakur- sowie Rojava-Revolution führte. Sie haben unvergessliche Beiträge an den politischen, militärischen, ideologischen und organisatorischen Fronten des unerbittlichen Kampfes gegen den von den USA und der NATO unterstützten, verleugnenden faschistischen Kolonialismus geleistet. Sie kämpften mit voller Entschlossenheit und Opferbereitschaft in den schwierigsten Zeiten des antikolonialistischen und antifaschistischen Kampfes. Unter den Bedingungen des 12. September, der Eskalation des schmutzigen Kolonialkrieges der 90er Jahre, der Zeit nach dem internationalen Komplott vom 15. Februar 1999, der Zeit um den Juni 2004 und dem Krieg des faschistischen Kolonialismus der Willensbrechung, der kol-

lektiven und individuellen physischen Zerstörung, bestanden sie die Prüfung der Treue zu ihren politischen Zielen, zu den Gefallenen und ihrer Partei als aufrechte Vorkämpfer.

Als gewidmete Militante und Pioniere, die sich für das Recht des kurdischen Volkes auf nationale Freiheit und Einheit, für die Freiheit Kurdistans einzusetzen, haben sie ein halbes Jahrhundert lang gekämpft und sind dabei unsterblich geworden.

Die Ziele und Ideale des Kampfes von Hewal Ali Haydar Kaytan und Hewal Rıza Altun gegen den verleugnenden Kolonialismus und Faschismus sowie die revolutionären und nationalen demokratischen Werte, zu deren Schaffung sie beigetragen haben, werden im Kampf für die vereinigte Revolution, die Union der Volksrepubliken und den Sozialismus lebendig bleiben. Ihre Namen und ihr Andenken werden an neue Generationen weitergegeben.

Ali Haydar Kaytan und Rıza Altun sind unsterblich!

Nieder mit dem faschistischen, verleugnenden Kolonialismus!

Es lebe die vereinigte Revolution! Es lebe die vollständige Gleichberechtigung der Nationen!

Der einzige Weg ist die Revolution – es lebe der Sozialismus!

18. April 2025

Zentralkomitee der MLKP

Über die Selbstauflösung der PKK

Nach dem „Aufruf für Frieden und eine demokratische Gesellschaft“ des kurdischen Volksführers Abdullah Öcalan wurde der 12. Kongress der PKK einberufen. Dieser verkündete nach einem 41-jährigen professionellen Guerillakrieg den Verzicht auf die Methode des bewaffneten Kampfes sowie die Beendigung ihrer 47-jährigen organisatorischen Existenz. Die Entscheidung der PKK, sich aufzulösen, den bewaffneten Kampf zu beenden und die Waffen niederzulegen, ist kein gewöhnliches Ereignis. Die PKK stellt eine militärische, politische, ideologische und organisatorische Realität dar, die tiefe Spuren in der Geschichte der Türkei, ganz Kurdistans und der Region hinterlassen hat. Unabhängig von den unmittelbaren Folgen ihrer Beschlüsse handelt es sich bei diesem Kongress um einen Moment des Bruchs, einen dramatischen Wendepunkt von historischer Bedeutung. Die Einberufung des 12. PKK-Kongresses und seine Beschlüsse stehen nun im Zentrum der politischen Tagesordnung in der Türkei und ganz Kurdistan.

Hintergrund der Auflösung

Der Hintergrund der Initiative zur Niederlegung der Waffen und Auflösung der PKK durch ihren Anführer Abdullah Öcalan ist eine jahrelange Pattsituation zwischen der kurdischen Freiheitsbewegung und dem türki-

schen Kolonialstaat. Trotz eines aufopferungsvollen Kampfes, in dessen Verlauf die kurdische Freiheitsguerilla ihre Kampftaktiken und Arbeitsweisen innovativ umgestaltet und revolutioniert hat, wobei sie die eigentliche Form des Guerillakriegs von einem mobilen in eine Art Stellungskrieg in Südkurdistan überführte, konnten weder unser kurdisches Volk seine nationalen und demokratischen Forderungen vollständig durchsetzen, noch vermochte es der Staat, den Willen der PKK und des kurdischen Volkes zu brechen. Es entstand ein Zustand militärischen Gleichgewichts, der sich seit den 1990er Jahren in einem labilen, beweglichen Kräfteverhältnis äußert. In diesem Zustand versuchten beide Seiten, durch Bündnisse, die Schwächung der jeweils anderen Seite und durch die Verbesserung ihrer Kriegstechniken und Fähigkeiten militärische Vorteile zu erzielen. Seit 2015 jedoch, mit dem staatlichen Vernichtungsplan, eingeleitet durch das Massaker von Suruç, das Bombenattentat auf dem Bahnhof von Ankara, die Bombardierung der Medya-Verteidigungsgebiete sowie das abrupte Ende der Dolmabahçe-Verhandlungen, eskalierte der türkische Kolonialstaat den konterrevolutionären kolonialen Krieg offen mit dem Ziel, die PKK zu vernichten, den Willen der Guerilla zu brechen, die Revolution in Rojava



zu liquidieren und die demokratische Organisation der nationalen Bewegung sowie die revolutionäre Bewegung insgesamt zu zerschlagen.

Die Initiative zur Selbstauflösung der PKK und zur Veränderung ihrer Kampfformen zielt nun darauf ab, eine neue Situation zu schaffen. Es ist eine theoretische Wahrheit, dass eine strategische Kraft, welche ihre Position verändert, auch andere strategische Kräfte dazu bringt, ihre Positionen zu verändern. Innerhalb der Gesetzmäßigkeiten des politischen Kampfes und in der Dynamik des Kräfteverhältnisses zwischen gegnerischen politischen Kräften ist dieser objektive Prozess in Gang. Die Auflösung der PKK sowie die Liquidierung des bewaffneten Kampfes und der Guerillakräfte wird den türkischen bürgerlichen Staat unweigerlich zwingen, auch seine Position zu verändern.

Ein weiterer wesentlicher Beweggrund für Öcalans Aufruf zur Selbstauflö-

sung, den die PKK als „Initiative der Führung“ bezeichnet und der seinem Wesen nach eine einseitige Initiative darstellt, sind die jüngsten Entwicklungen im Mittleren Osten, die sowohl neue Möglichkeiten als auch Risiken für die Völker der Region mit sich bringen. Die Veränderungen in der Region hindern den türkischen Kolonialstaat zunehmend daran, seine Aggressionspolitik gegen Rojava fortzusetzen. Dies ist zum einen auf den Legitimitätsverlust der Türkei, zum anderen auf die wachsende politische Anerkennung der demokratischen Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien zurückzuführen. Angesichts positiver Entwicklungen für die kurdische Nation wird versucht, gewisse Zugeständnisse zu machen, um Errungenschaften in Rojava zu bewahren und auszubauen.

Die Reaktion des Staates

Der 12. Kongress der PKK trägt den Charakter, auf Vorbedingungen des

Staates einzugehen, auch wenn dieser Prozess keinerlei Sicherheitsgarantien beinhaltet. So bedeuten etwa die Besuche auf der Gefängnisinsel Imrali nach Jahren absoluter Isolation von Abdullah Öcalan noch keineswegs die Aufhebung ebenjener Isolation. Die Entscheidung des 12. Kongresses, die PKK aufzulösen und den bewaffneten Kampf zu beenden, wurde in den Reihen des türkischen Kolonialismus mit Jubel begrüßt. Die herrschende faschistische Allianz aus AKP und MHP unter Erdoğan und Bahçeli beglückwünschte sich gegenseitig, als hätte sie einen historischen Sieg errungen. Auch Özgür Özel und die bürgerlich-demokratische CHP stiegen ein in den Tenor einer „Türkei ohne Terror“. Die rassistisch-chauvinistischen Abspaltungen der MHP, die İYİP und die Zafer-Partei hingegen übernehmen die Rolle, die dunkelsten Ambitionen des türkischen Kolonialismus zu vertreten. Sie positionieren sich als Gegner des Prozesses, um von den Überresten des schmutzigen Krieges politisch zu profitieren.

Was der türkische Kolonialstaat nun plant, welche Vereinbarungen getroffen wurden und welche Verpflichtungen er eingegangen ist oder welche Absichten verfolgt werden, bleibt unklar. Der gesamte Prozess ist gekennzeichnet von Ungewissheiten. Klar ist hingegen, dass die PKK in ihrem Streben nach Versöhnung mit dem Staat entschlossen und in ihren Zusa-

gen konsequent ist. Der Kolonialstaat hingegen zeigt sich widersprüchlich und unentschlossen. Es deuten sich interne Meinungsverschiedenheiten, unterschiedliche politische Akzente, verschiedene taktische Erwägungen und parteipolitisches Kalkül an. Dass es unter der Regierung von AKP und MHP keine Demokratisierung der Türkei geben wird, ist jedoch unbestreitbar. Diese verachtenswerten Faschisten stehen der Gleichstellung der Nationen feindlich gegenüber.

Die koloniale Arroganz der herrschenden Nation und zugleich der herrschenden Klasse der Türkei spiegelt sich in seinen staatlichen Erklärungen wider, die suggerieren, der Staat habe ohne Kompromiss durchgegriffen und die PKK habe kapituliert. Die Republik Türkei ist seit 100 Jahren ein Kolonialstaat, und davor war es das Osmanische Reich, ein 700 Jahre währender Staat, der weite Teile der Welt ausplünderte. Die türkische Bourgeoisie und ihre leugnenden, kolonialistischen Parteien sind tief von dieser Herrschaftstradition geprägt. Sie führen einen moralischen Krieg gegen unser kurdisches Volk. Tatsächlich gibt die kurdische nationale demokratische Bewegung unter Führung der PKK nicht auf, das weiß auch der Staat.

Die Bourgeoisie beansprucht in ihren Staaten das Gewalt- und Waffenmonopol. Sie betrachtet dieses Monopol als legitim und baut auf seiner Grundlage ihre ideologische Hege-

monie über die Massen auf. Gleichzeitig verweigert sie ihren Gegnern die Anwendung derselben Mittel. Die türkische Bourgeoisie bildet hier keine Ausnahme. In all ihren politischen Spielarten, hat sie dieses Gewaltmonopol aufrechterhalten und mit Gewalt und ideologischen Angriffen auf alle Formen des Kampfes reagiert. Sie diffamierte jede gewaltsame Widerstandspraxis mit der Demagogie von „Anarchie“ und „Terror“ und prägte das gesellschaftliche Bewusstsein mit der Botschaft, dass Widerstand gegen den Staat zwecklos sei und diejenigen, die es dennoch wagten, von der eisernen Faust des Staates getroffen werden würden. Die staatliche Definition einer „Türkei ohne Terror“ wird künftig umso mehr revolutionäre und kommunistische Kräfte ins Visier nehmen. Sie bedeutet eine fortlaufende Serie organisatorischer Zerschlagungsversuche und eine weitere Verschärfung der faschistischen ideologischen Belagerung.

Die Folgen der Selbstauflösung

Während sich die bürgerlichen Staaten der Welt und der Region aufrüsten, um sich auf die wachsende Möglichkeit eines neuen Weltkriegs vorzubereiten, wiegt die Entwaffnung der kurdischen nationalen Freiheitsbewegung umso schwerer. Es steht außer Frage, dass das Ende des bewaffneten Kampfes, die Niederlegung der Waffen, die Auflösung der PKK, das Ende ihres illegalen und klandestinen Kampfes sowie

die Integration in das herrschende System eine Liquidierung revolutionärer Realität und revolutionären Inhalts darstellen. Diese liquidatorisch-reformistische Transformation ist nicht plötzlich eingetreten, sondern hat eine lange Vorgeschichte mit verschiedenen Etappen.

Der liquidatorische Charakter dieses Prozesses beschränkt sich nicht auf die Auflösung revolutionärer Organisationen und Kampfmethoden. Er setzt tiefgreifendere liquidatorische Dynamiken frei. Je länger dieser Umstrukturierungsprozess der PKK andauert, desto wahrscheinlicher werden ideologische, politische und organisatorische Zersetzungerscheinungen.

Damit gibt dieser Prozess dem begrenzten legalen Revolutionismus Fahrtwind. Die Strategie, die kurdische Frage „ohne Waffen“, „auf dem Boden der Großen Nationalversammlung der Türkei“, „im Rahmen der Legalität“ zu lösen, wird zum Anlass genommen, Legalismus und Parlamentarismus zu vertiefen. Damit erhält nicht nur das Liquidatorentum bürgerlicher Kräfte, sondern auch reformistischer, legalistischer, opportunistischer und sozialchauvinistischer Kräfte der werkaktiven Linken Auftrieb. Daraus folgt, dass sich der ideologische Boden des Klassenkampfes in dieser historischen Etappe verschärfen wird. Die revolutionären, kommunistischen Kräfte müssen diesen ideologischen Kampf mit klarem Bewusstsein führen.



Dieser Moment des historischen Bruchs ist ein neuer Prüfstein für revolutionäre Kräfte, die den bewaffneten, wirksamen Kampf gegen das kolonialistisch-faschistische Regime vertreten. Sie müssen sich auf das liquidatorische Feuer von beiden Seiten vorbereiten, ihr ideologisches Waffenarsenal verstärken und den Boden des ideologischen Kampfes und der Propaganda sowohl gegen die reformistisch-parlamentaristische Linie als auch gegen chauvinistische, sozialchauvinistische und nationalistische Tendenzen erweitern und mit aller Kraft die Notwendigkeit, Legitimität und auch Möglichkeit des revolutionären Kampfes unter Beweis stellen.

Gleichzeitig ist es jedoch bedeutsam, dass die kurdische nationale demokratische Bewegung den Fokus auf eine Umstrukturierung, nicht auf Auflösung legt und die Fortsetzung des Kampfes auf dem von ihr definierten

Boden betont. Es ist nicht nur eine Frage des Respekts gegenüber dieser Wahrheit, sondern auch eine Frage revolutionärer Strategie, diesen Aspekt der Entwicklung nicht zu ignorieren. Die PKK bleibt dem Fortbestehen des Kampfes verpflichtet. Sie ist zur Versöhnung mit dem Staat entschlossen und bemüht sich zugleich um Vorsicht und Umsicht, denn sie kennt den türkischen Kolonialismus mit seinem faschistischen Staat sehr gut.

Die Aufgaben der Revolution

Seit Beginn der 1990er Jahre, als der Guerillakrieg von 1984/85 mit den Volksaufständen (den Serhildans) verschmolz, hat unser kurdisches Volk die Fahne der Revolution an vorderster Front erhoben und wurde zur Vorfahrt der unterdrückten Völker in der Region. Während andernorts das Feuer der Reaktion loderte, entflammt in Kurdistan das Feuer des revolutionären Kampfes. Mit der strategischen

Neuausrichtung der PKK, die gegenwärtig keine Lösung der kurdischen Frage, sondern einen Übergang in eine andere Kampfposition bedeutet, hat der Kampf für die nationalen demokratischen Rechte der kurdischen Nation, ihr Recht auf Selbstverwaltung und das Recht, ihre nationale Existenz wie jede andere Nation zu verteidigen, nichts an ihrer Bedeutung für den Kampf um politische Freiheit in der Türkei verloren. Forderungen, wie die Anerkennung der kurdischen Sprache als zweite Amtssprache und Unterrichtssprache, die sofortige Freilassung Öcalans und aller politischen Gefangenen sowie die Abschaffung des Antiterrorgesetzes, müssen weiterhin erkämpft werden. Es gilt, für einen gerechten und demokratischen Frieden einzutreten, das Ende der Besatzung in allen Teilen Kurdistans zu fordern, die politische Anerkennung von Rojava zu sichern, eine verfassungs- und gesetzlich garantierte Absicherung der nationalen Grundrechte zu verlangen und das faschistische Antiterrorgesetz abzuschaffen. All das ist die ideologische wie politische Aufgabe unserer Zeit. Das antikolonialistische, antifaschistische, antiimperialistische, frauenbefreende und demokratische Potential der nationalen demokratischen Bewegung bleibt ein Bestandteil der Strategie der vereinten Revolution in der Türkei. Welche konkreten Veränderungen diese strategische Zusammenarbeit durchlaufen wird, lässt

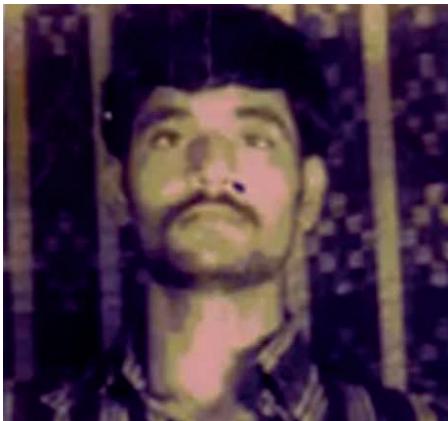
sich gegenwärtig noch nicht abschließend sagen. Ihre Felder können sich verschieben, doch das strategische Bündnis zwischen der kurdischen nationalen demokratischen Bewegung und der revolutionären Bewegung auf Grundlage des praktisch-legitimen Kampfes bleibt notwendig und gültig. Zugleich eröffnet dieser Prozess die Möglichkeit, den Sozialchauvinismus zu schwächen und das freie Denken der türkischen Arbeiter:innen und Werktätigen zu fördern, durch die Überwindung jener Kriegsbedingungen und der ideologischen kolonialen Umlagerung, die ihre Bewusstsein lange Zeit gefangen hielt. Der antifaschistische Massenaufstand vom 19. März und die Jugendbewegung könnten in dieser Hinsicht bedeutende Auswirkungen entfalten. Unserem revolutionären Programm entsprechend, sind die Forderungen nach Unabhängigkeit, Autonomie und andere nationale Forderungen unverändert Teil einer vollständigen Lösung der kurdischen Frage. Wir verteidigen das Recht auf freie Vereinigung zweier Republiken zweier Nationen und sind überzeugt, dass nur auf diesem Weg die kurdische Frage gelöst und wirkliche Geschwisterlichkeit zwischen den Völkern geschaffen werden kann. Für die gesamte Region schlagen wir eine Föderation demokratischer und sozialistischer Volksrepubliken vor für die vollständige Gleichstellung und Freiheit aller Nationen.

Tausend Grüße an Nambala Keshav Rao & die 27 Genoss:innen!

Revolutionär:innen sterben, aber die Revolution lebt weiter!

Mit tiefem Schmerz und großer Wut haben wir erfahren, dass 28 Volkskämpfer:innen, darunter Genosse Nambala Keshav Rao, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch), die einen revolutionären Kampf für die Macht des Volkes gegen das faschistische Regime unter Modi, die kapitalistische Ausbeutungsordnung und den Imperialismus führt, sowie Kommandant:innen und Führungskader:innen der Staatskomitees und der Zentralen Spezialorganisation, am 21. Mai nach 60 Stunden Widerstand gegen Zehntausende feindlicher Kräfte ermordet wurden.

Die KPI (Maoistisch) war sich des Preises, den sie zahlen würde, und der Gefahren, denen sie sich stellen musste, bewusst, als sie am 21. September 2004 ihre Gründung im Kampf um die Einheit revolutionärer Parteien und Gruppen erklärte, die sich der Liquidationswelle von 1990/91 entgegenstellten. Dwe Verlust ihrer führenden Kader:innen, die seit ihrer Gründung bis heute zentrale Verantwortungen übernommen haben, ihrer wichtigsten Militanten und vieler Kämpfer:innen konnte die KPI (Maoistisch) nicht aufhalten. Sie organisierte die werktätige Bauernschaft und die städtischen Armen Indiens und mobilisierte sie für den Kampf. Es gelang ihr, die Sympathie und Unterstützung breiter



und unterschiedlicher Teile der Massen, einschließlich Intellektueller und Künstler:innen, zu gewinnen. Sie vermittelte die Angriffe des indischen Staates, der ihren Willen brechen und sie zur Kapitulation zwingen wollte. Im 21. Jahrhundert wurde ihr die Ehre zuteil, eine der Parteien zu sein, die die revolutionäre Hoffnung weltweit lebendig erhalten.

Das Massaker vom 21. Mai ist nicht unabhängig von den Plänen der imperialistischen Weltbourgeoisie zu sehen, die darauf abzielt, die verbliebenen revolutionären Herde, die nach der Liquidationswelle von 1990/91 stark dezimiert sind, auszulöschen. Besonders in den letzten zwei Jahrzehnten wurde international mit Nachdruck versucht, kommunistische und revolutionäre Parteien, die gewillt und entschlossen sind, den politischen Kampf mit allen Formen freier Orga-

nisation und des Kampfes zu führen, zu zerstören oder zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes zu zwingen. Diese Angriffe werden sich künftig weiter intensivieren. Arbeiter:innen, Werk-tätige, Frauen, Arme, die Jugend und unterdrückte Völker sollen unfähig gemacht werden, sich zu verteidigen, und der Gewalt bis an die Zähne bewaffneter bürgerlicher Staaten und faschistischer Regime ausgeliefert sein. Doch die indische Arbeiter:innenklasse, die Armen in Stadt und Land werden mit ihrer Organisation und ihrem revolutionären Kampf zeigen, dass diese Strategie zum Scheitern verurteilt ist. Der KPI (Maoistisch) wird es gelingen, die Wunden des Massakers vom 21. Mai zu heilen, so schwer sie auch sein mögen.

Wir grüßen die Genoss:innen Nambala Keshav Rao/Basavaraju, Nageshwar Rao (Madhu, Jung Naveen), Sangeetha, Bhumika, Vivek, Chandan (Mahesh), Guddu und Rame, Lalsu, Surya, Mase, Kamala, Nagesh, Rago, Rajesh, Ravi, Sunil, Sarita, Reshma, Raju, Jamuna, Geeta, Hungi, Sanki, Badru, Niles und Sanju, in tiefer Verbundenheit mit ihrem revolutionären Andenken und ihren Idealen. Wir teilen den Schmerz, die Wut, den Wunsch nach Vergeltung und die Träume der Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch) sowie der revolutionären, antifaschistischen und antiimperialistischen Kräfte und der indischen Völker.

Wir sind überzeugt: Die Verräter:innen, die aus den Einheiten in den

Mad-Wäldern, wo sich die 28 Kämpfer:innen befanden, desertierten, um ihre erbärmlichen Leben zu retten, und sich in den Dienst des faschistischen Regimes stellten, indem sie diesem den Weg und Ort verrieten, werden früher oder später, aber mit Sicherheit, zur Rechenschaft gezogen.

Wir rufen Revolutionär:innen weltweit auf, Gedenkveranstaltungen und Aktionen für die 28 zu organisieren, gegen das faschistische Modi-Regime zu protestieren, Fähigkeiten und Strukturen zum Schutz des revolutionären Führungserbes zu entwickeln, frei organisierte Parteien zu gründen, die mit allen Mitteln und Formen des Kampfes Politik machen. Wir rufen Gruppen, die politisch und ideologisch auf derselben Grundlage stehen, zum Kampf um Einheit auf, und alle kommunistischen und revolutionären Parteien dazu, sich für die Gründung einer Revolutionären Internationale einzusetzen, um den politischen Kampf zu entwickeln sowie Solidarität, Erfahrungen, Wissen und Mittel zu teilen.

Genosse Basavaraju und die 27 Revolutionär:innen sind unsterblich!

Die Märtyrer:innen leben weiter, die KPI (Maoistisch) kämpft weiter!

Der einzige Weg ist die Revolution – es lebe der Sozialismus!

Es lebe die revolutionäre Solidarität!

26. Mai 2025

Zentralkomitee der MLKP

Die gesellschaftliche Konfrontation mit der Männlichkeit

Die Frage der Frauenbefreiung muss ein zentraler Bestandteil jeder revolutionären Strategie der Gegenwart sein.

Wir sprechen vom 21. Jahrhundert als dem Jahrhundert der Frauenaufstände, und diese Einschätzung hat sich in vielen Momenten der letzten Jahre be-wahrheitet. Das wohl wegweisendste Beispiel ist der Volksaufstand im Iran, der als Aufstand der Frauen begann: Frauen, die sich gegen ihre systematische Unterdrückung auflehnten und für einen grundlegenden Umbruch kämpften. Ausgelöst wurde er durch die Ermordung der jungen Kardin Jîna Amini durch das faschistische, politisch-islamische Mullah-Regime. Die Frauen, die den Aufstand entfach-ten, wissen, dass patriarchale Gewalt-taten keine Einzeltaten sind und man sie nur stoppen kann, indem man ihre Wurzeln beseitigt, indem man das gesamte System umwälzt. Solche Auf-stände zeigen, dass der Frauenkampf ein revolutionäres Niveau erreicht hat. Ein Frauenaufstand kann der Beginn einer revolutionären Situation werden, die die gesamte Gesellschaft umfasst und eine tatsächliche Bedrohung für das kapitalistisch-patriarchale System darstellen kann. Frauen als politische Subjekte besitzen das Potenzial, solche revolutionären Umbrüche zu verwirklichen. Durch ihre doppelte Unterdrückung haben sie auch ein doppeltes Interesse danach, sich zu befreien. Weltweit wächst das Geschlechtsbe-

wusstsein unter Frauen, die sich gegen die ihnen widerfahrende Ungerechtig-keit erheben.

Jedoch sehen wir auch, dass keiner der Frauenaufstände zu einer erfolg-reichen Revolution geführt hat. Dies hat sicherlich verschiedene Gründe, die ausführlich analysiert werden soll-ten. In diesem Text fokussieren wir uns allerdings auf das Problem, dass kommunistische Männer den Frau-enbefreiungskampf nicht genügend unter-stützen und somit das Potenzial, das im politischen Subjekt Frau liegt, bewusst oder unbewusst delegitimie-ren. Wir sind der Überzeugung, dass auch Männer aktive Verantwortung in der Frage der Frauenbefreiung über-nehmen müssen. Dies wird unabding-bar für eine erfolgreiche Umsetzung unserer revolutionären Strategie sein. Die gesellschaftliche Konfrontation mit der Männlichkeit spielt hierbei eine wichtige Rolle und ist eine zentrale Methode für männliche Kommu-nisten, um ihren Beitrag zum Frauen-befreiungskampf zu leisten.

Warum braucht es eine gesellschaftli-che Konfrontation?

Der zusätzliche Widerspruch, in dem die proletarische Frau unter den aktu-ellen Bedingungen gefangen ist, birgt gleichzeitig das Potenzial für revolu-tionäre Veränderung. Frauen werden durch das patriarchal-kapitalistische System in doppelter Weise ausgebeu-tet, besitzen aber dementsprechend

auch die doppelte Sprengkraft, da sie danach streben, beide aus dem Privateigentum entstammenden Unterdrückungssysteme, Patriarchat und Kapitalismus, zu zerschlagen. Die Befreiung wird sich in Form einer doppelten Revolution verwirklichen, da die proletarische wie die Frauenrevolution nur gemeinsam erfolgreich sein können. Dies setzt heute wiederum erstens voraus, dass ein strategisches Bündnis zwischen Frauen und proletarischen Männern geschaffen wird, und zweitens, dass heute begonnen wird, aktiv gegen die Unterdrückung der Frau zu kämpfen. Im Zentrum dieses Kampfes stehen die Frauen, die zu politischen Subjekten und zu Führerinnen im Kampf für ihre eigene Befreiung gemacht werden müssen. Jedoch kann der zweite Teil des Bündnisses, die proletarischen Männer, sich nicht bloß auf eine passive Unterstützerrolle ausruhen. Sie müssen aktiv gegen ihre eigene Männlichkeit vorgehen, um die gesellschaftliche männliche Dominanz zu schwächen. Sie müssen bereit sein, die Kämpfe der Frauen aktiv mitzutragen, ohne sie zu dominieren.

Der Umgang mit dem armenischen Genozid ist ein Beispiel aus der Geschichte der türkischen werktätigen linken Bewegung, das veranschaulicht, wie wichtig es ist, dass die Unterdrücker, und als solche bezeichnen wir auch proletarische Männer in unserem Kontext, sich auf die Seite der Unterdrückten stellen. Der armenische Genozid ist eines der größten

Verbrechen, die in unserem Land begangen wurden. Bis heute wird versucht, diesen grausamen Abschnitt aus der Geschichte auszuradieren und jede Erinnerung daran zu verhindern. Mit dieser verleugnerischen Politik hatte die Türkische Republik als Fortsetzung des Osmanischen Reiches auch lange Erfolg, sodass breite Massen der Bevölkerung, darunter Teile der werktätigen linken Bewegung, die Verleugnung reproduzierten. Ein Wendepunkt trat nach der staatlichen Ermordung des Armeniers Hrant Dink ein, welche eine große Protestwelle unter dem Slogan „Wir sind alle Armenier“ auslöste. Auch das war eine Form der gesellschaftlichen Konfrontation, die dafür sorgte, dass der Geschichtsrevisionismus, den der Staat betrieben, hinterfragt und bekämpft wurde.

Eine ähnliche Anerkennung ist im Geschlechterverhältnis notwendig. In der heutigen Gesellschaft, die tief durchzogen ist von einer patriarchalen Mentalität, werden Frauen für die Verbrechen, die ihnen widerfahren, verantwortlich gemacht oder sie werden nicht als Verbrechen anerkannt. Bei einer Vergewaltigung wird gefragt, wie die Betroffene gekleidet war. Bei einem gewalttätigen Ehemann wird gefragt, was die Frau getan hat, um ihn so zu provozieren. Dieses Muster zieht sich durch, und gleichzeitig nimmt die patriarchale Gewalt immer zügellosere Ausmaße an. Verstärkt wird das auch noch durch verschiedene frauenfeind-

liche Agenden, beispielsweise das Jahr 2025 als Jahr der Familie in der Türkei. Dem männlichen Geschlecht fällt es schwer, seine Täter- und Unterdrückerrolle zu akzeptieren. Es wird versucht, zumindest eine Teilschuld bei den Frauen zu suchen, Misstrauen zu schüren und Solidarität mit Tätern zu schaffen. Männer müssen jedoch ihre Rolle im patriarchal-kapitalistischen System anerkennen und verstehen. Man muss die Realität kennen, um sie zu verändern.

Warum müssen kommunistische Männer Verantwortung übernehmen?

Kommunistische Männer müssen eine besondere Verantwortung im Kampf für die Frauenbefreiung übernehmen, nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer Position innerhalb des bestehenden patriarchalen Machtverhältnisses. Als fortschrittlichster Teil ihres Geschlechts kommt ihnen eine besondere Rolle zu, wenn es darum geht, die patriarchalen Strukturen nicht nur zu kritisieren, sondern auch aktiv zu überwinden. Jeder Kommunist, der den Anspruch erhebt, eine revolutionäre Kraft zu sein, muss begreifen: Solange er seine eigene patriarchale Existenz nicht infrage stellt, wird er den gemeinsamen Kampf eher bremsen als vorantreiben. Der Kampf für die Frauenrevolution ist untrennbar verbunden mit dem für die proletarische Revolution. Aus diesem Grund ist es für kommunistische Männer eine unausweichliche Aufgabe, ihren praktischen Beitrag zum Frauenbefreiungs-

kampf zu leisten. Dabei reicht es nicht aus, sich theoretisch zu bilden oder bloß das eigene Verhalten zu reflektieren. Kommunistische Männer müssen den nächsten Schritt gehen, aktiv werden, ihre Gedanken in politische Praxis umwandeln und andere Männer in diesem Prozess mitziehen. Nur so kann die notwendige gesellschaftliche Konfrontation mit der Männlichkeit überhaupt auf breiter Ebene stattfinden. Die Verbindung zwischen dem Kampf für die Befreiung der Frauen und der Arbeiter:innenklasse sorgt dafür, dass ersterer unmöglich die alleinige Aufgabe der Frauen bleiben darf. Sie erfordert, dass kommunistische Männer, die den Anspruch haben, diese Gesellschaft von Grund auf zu verändern, Aufgaben in diesem Kampffeld übernehmen. Konkret heißt das: Sie müssen sexistisches Verhalten entlernen, patriarchale Räume kritisch hinterfragen, sexistische Räume nicht dulden, sondern politisieren und verändern. Sie dürfen sich nicht hinter symbolischem Aktivismus verstecken, sondern müssen sich der alltäglichen männlichen Dominanz aktiv entgegenstellen. Denn das Patriarchat ist nicht nur ein Angriff auf Frauen, sondern sie spaltet auch die revolutionäre Bewegung und schwächt den Klassenkampf. So wie türkischer Sozialchauvinismus ein zentrales Hindernis für die Solidarität zwischen türkischen und kurdischen Arbeiter:innen darstellt, blockiert auch männlicher Chauvinismus die gemeinsame Aktion der Arbeiter:innenklasse. Wenn

kommunistische Männer patriarchales Verhalten in ihren eigenen Kreisen dulden, dann zeigt das nicht nur ihre eigene ideologische Schwäche, sondern bedingt gleichzeitig eine Schwächung des Kampfes für die Befreiung der Arbeiter:innenklasse.

Konkrete Arbeiten zur gesellschaftlichen Konfrontation in Rojava

In Rojava wurden bereits wertvolle Erfahrungen von patriotischen Kommunisten gemacht, die damit begonnen haben, sich mit ihrer Männlichkeit auseinanderzusetzen. In einem Gebiet, das noch sehr stark von feudalen Denkweisen und Traditionen geprägt ist, stellt dies natürlich eine noch größere Herausforderung dar. Jedoch ist Rojava auch das Land einer demokratischen Volksrevolution und der Frauenrevolution. Um die bereits erreichten Errungenschaften aufrechtzuerhalten und die Revolution weiterzuentwickeln, ist die Konfrontation mit der Männlichkeit unausweichlich. Die patriotischen Kommunisten haben begonnen, Bildungsprogramme zu entwickeln, die sich mit gesellschaftlicher Männlichkeit, männlicher Dominanz und Geschlechterrollen auseinandersetzen. In diesen Programmen wird klargemacht: Männlichkeit ist nicht naturgegeben, sondern ein historisch gewachsenes und bewusst reproduziertes System, gegen das wir Kommunist:innen aller Geschlechter kämpfen müssen. Das Patriarchat entwickelte sich zusammen mit der Entstehung des Privateigentums und

führt bis heute dafür, dass die Beziehung zwischen Mann und Frau keine menschliche unter Gleichen ist, sondern ein Verhältnis wie zwischen Sklavin und Herr. Der Mann sieht in der Frau keinen gleichberechtigten Menschen, sondern ein Objekt, das er besitzen und über das er verfügen kann. Infolgedessen entfremdete sich der Mann auch selbst von seiner eigenen Menschlichkeit. Dieser Ursprung des heutigen Verhältnisses zwischen den Geschlechtern wurde in den verschiedenen Schulungen in Rojava behandelt. Jedoch geht es nicht nur darum, die Geschichte und die Theorie zu verstehen, sondern dieses Wissen konkret anzuwenden, um sein eigenes Leben, sein Verhältnis zum eigenen Handeln sowie zu Frauen zu verändern. Auf die Selbtkritiken, die in den Programmen richtigerweise von den männlichen Kommunisten und Patrioten gemacht wurden, müssen sichtbare Taten folgen. So wurden auch konkrete Methoden zur Bekämpfung von patriarchalen Verhaltensweisen diskutiert. Insbesondere das Thema häusliche Gewalt und männliche Gewalt im Allgemeinen wurde ausführlich besprochen. Das Fazit dieser ersten Diskussionen war, dass die Konfrontation mit der gesellschaftlichen Männlichkeit und die Resultate, die daraus folgen werden, wichtige Grundpfeiler für die Festigung der Frauenrevolution sowie aller demokratischen Errungenschaften sein werden.